Posener Zeitung.

№ 209. Freitag den 8. September. 1848.

Inland.

Berlin, den 6. Septbr. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Küster der katholischen Pfarrkirche zu Essen, G. H. Woring, so wie den Land- und Stadtgerichts-Boten und Exekutoren a. D. Möller und Lablak in Danzig, das Allgemeine Ehrenzeichen; desgleichen dem Geheimen Regierungs-Rath und Luxemburgischen Zoll-Direktor, Freiherr von Reibnitz zu Luxemburg, und dem Invaliden-Sohne Johann Ludwig Ritter zu Landsberg a. d. W. die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; und die Beförderung des Land-Dechanten, Pfarrer Michels zu Merzig, zum Ehren-Domherrn bei der Kathedralkirche zu Trier landesherrlich zu genehmigen.

Dem Oberlehrer an dem Gymnasium zu Trzemeszno, Regierungs-Bezirks Bromberg, Dr. Friedrich Schneider, ist das Prädikat „Professor" verliehen worden.

Der General-Intendant der Königlichen Schauspiele, von Küstner, ist von Kissingen hier angekommen.

♂ Posen, den 6. September. Die Stellung Preußens zu Deutschland ist noch immer schwierig und gefahrvoll. Den Knoten, vor dem wir hier stehen, hat weder die Cölner Dombaufeier, mit ihrer Fürstenverbindung, ihren Toasten, und ihren Fahnenschwenken, noch die Beredsamkeit des Herrn von Peucker im Frankfurter Parlament zu lösen vermocht. Es bedarf dazu mehr als solcher Schaugerichte. Es bedarf der Vermittelung und Berichtigung der mannigfach gewonnenen Ansichten. So lange auf der einen Seite allzuwarme Partikular-Patriotismus, unablässig neue Preußenvereine gründet, die Unmöglichkeit von Preußens Aufgang in Deutschland predigt, und sich in Schmähungen gegen die Frankfurter Reichsversammlung und gegen die Centralgewalt ergeht, — auf der andern Seite aber die überschwänglichen Ideen des Rugeschen Weltbürgerthums, die jedem Einheitswerk feindliche Zerstörungspartei, und der im Trüben fischende Jesuitismus aus den verschiedensten Motiven demselben Ziele, der Trennung Preußens von Deutschland, zuarbeiten, ist ein glücklicher Ausgang nicht zu erwarten. Pflicht jedes gut Gesinnten ist es, dies unnatürliche Bündniß der verschiedensten Parteien zu zerstören, den besseren Elementen die Augen zu öffnen, und die schlechten in ihrer ganzen Nacktheit darzustellen. — Wir haben es heut mit der allzupreußischen Partei zu thun: Wir können ihr kein besseres Dokument entgegenhalten, als das Schreiben eines Preußischen Deputirten zur Frankfurter Reichsversammlung, eines Mannes, den wir mit Muth und Einsicht stets in den ersten Reihen gefunden haben, wo es galt, Preußens wahre Ehre zu vertheidigen.

Nachdem darin, mit Bezug auf den neusten Bericht der Berliner Commission für die Posener Angelegenheit, von den planmäßigen Bestrebungen der Linken, einen Bruch zwischen der Berliner und Frankfurter Versammlung herbeizuführen, die Rede gewesen, fährt der Verfasser fort: „die jesuitische Partei und alle Feinde Preußens überhaupt, werden dabei das Ihrige sicher nach besten Kräften mitwirken. Die Tendenz der Umsturzmänner geht nun einmal dahin, Preußen zu vernichten, und dies kann nicht besser gelingen, als wenn es zu einem offenen Bruch zwischen Preußen und der Reichsgewalt kommt, denn dann ist die Anarchie fertig und so zu sagen legalisirt. Möchte doch das Preußische Gouvernement nun endlich zu der entschiedenen Einsicht kommen, daß diejenigen es seinem Untergange entgegenführen, die den Preußischen Partikularismus predigen. Die Beschränktheit vieler, fast ganz verständiger Männer in dieser leidigen Frage des Preußischen Partikularismus, ist wahrhaft zum Verzweifeln. Sollte denn wirklich ein großer Theil der Preußischen Bevölkerung und der Preußischen Staatsmänner so mit Blindheit geschlagen sein, daß er nicht abzusehen vermag, worauf die Feinde Preußens es abgesehen haben, und sollte der alte Preußische Hochmuth noch so mächtig sein, daß man das Land einem ähnlichen Schicksal entgegenführen will, wie 1806?". Und in einer andern Stelle heißt es: „Wenn man einzelne Artikel der Berliner Zeitungen über das Verhältniß Preußens zur Reichsgewalt liest, weiß man nicht, ob man sich mehr über die Dummheit, oder über die Frechheit wundern soll, die darin vorherrscht. Preußen kann sich die Hegemonie über Deutschland nicht selber beilegen, sie muß ihm vom Deutschen Volke angetragen werden, und dies läßt sich durch Anmaaßung wahrlich nicht erreichen."

Wir haben diesen überall schlagenden Worten keinen Kommentar hinzuzufügen. Wir können sie nur der Beherzigung der vielen wackern Männer empfehlen, die, weil sie die unverlierbare große Geschichte Preußens auf dem Spiele glauben, willenlos mit Jesuiten, Anarchisten und transcendentalen Theoritikern gemeinschaftlich das große Werk Deutscher Einheit unterwühlen.

□ Berlin, den 5 September. Auf Grund des delikaten Verhältnisses, in welchem sich augenblicklich unsere Nationalversammlung zum Ministerium befindet, ward in der heutigen Sitzung der Antrag erhoben, die Diskussion des von der Commission in Betreff der Demarkationslinie gestellten Ansuchens bis Montag zu vertagen. Er blieb jedoch in der Minorität. Hierauf erklärte der Minister des Innern: die Regierung habe der Reorganisation in der Provinz Posen unablässige Aufmerksamkeit gewidmet; zu ihrem Bedauern sei die von dem Ministerium zur vorläufigen Feststellung einer Scheidungslinie niedergesetzte Commission, eben als sie ihre Thätigkeit habe beginnen wollen, durch die von Frankfurt aus hierher ergangene Einforderung der betreffenden Akten gelähmt worden; seit vierzehn Tagen erst seien die Materialien von dort wieder zurück und die Arbeiten der Regierungscommission schon wieder begonnen. Ueber das Verhalten des Ministeriums zu der von der Preußischen Nationalversammlung am 6. Juli niedergesetzten Commission gab er zu erkennen, daß zwar mit derselben gemeinschaftlich die Regierung ihr Geschäft zu vollenden gesonnen sei, jedoch der Forderung, daß von der Thätigkeit der Commission die der Regierung abhängig gemacht werden solle, nicht Raum geben könne. Er bemerkte dann, die in Frankfurt über die Demarkationslinie gefaßten Beschlüsse seien offiziell erst vorgestern Abend und zwar mit der Versicherung an die Regierung gelangt, daß es keineswegs in der Absicht der Centralgewalt läge, ohne Mitwirkung der Preußischen Regierung in der Sache vorzuschreiten, daß sie vielmehr vor Allem den Vorlagen der Preußischen Regierung entgegensehe, dabei allerdings den Wunsch hege, es möchte der Angelegenheit die mögliche Beschleunigung zu Theil werden. Daher, schloß Hr. Kühlwetter, werde unser Ministerium zur Ausführung der Frankfurter Beschlüsse der hiesigen Versammlung eine Vorlage zu machen sich beeilen, zuvor aber mit der Commission derselben Berathung pflegen. — Nach dieser Auseinandersetzung wurde von der Versammlung der Schluß verlangt und ohne weitere Diskussion der Commissionsantrag nebst einigen Amendements mit bedeutender Majorität verworfen.

△ Berlin, den 5. Septbr. Der Gesetzentwurf wegen der neuen Gemeinde-Ordnung, der von dem Ministerium der National-Versammlung vorgelegt worden ist, hat den Erwartungen nur wenig entsprochen. Es ist von 54 Abgeordneten ihm ein anderer Entwurf gegenüber aufgestellt, dem sich gegenwärtig vorläufig schon 131 Mitglieder angeschlossen haben. Dieser zweite Entwurf ist von dem sehr demokratisch gesinnten Ministerium von Anhalt-Dessau sogleich als Regierungs-Entwurf für die dortige Gesetzgebung angenommen. Er geht von durchaus anderen Prinzipien aus, als die ministerielle Vorlage, er treibt die Demokratie auf die höchste Spitze, er hat einen durch und durch republikanischen Geist. Wenn er in der Versammlung der Berathung zu Grunde gelegt wird, so ist es keinem Zweifel unterworfen, daß er große Veränderungen erfahren wird. Es ist gerade bei dieser Frage von großer Wichtigkeit, daß das Publikum sowohl der Städte wie des Landes seine Ansichten, Meinungen, Wünsche und Erfahrungen veröffentliche und ihnen durch die Presse wie durch unmittelbare Mittheilungen an die National-Versammlung Geltung verschaffe. Der hiesige Bezirks-Central-Verein hat für Berlin deshalb schon einleitende Schritte gethan. Er wird die einzelnen Bezirks-Vereine veranlassen, in ihren nächsten Sitzungen beide Gesetzentwürfe einer vergleichenden Berathung zu unterwerfen, die Resultate dieser Berathungen, die daraus hervorgegangenen Anträge mit Motiven dem Centralvereine zu überweisen und denselben zu bevollmächtigen, die einzelnen Berichte in eine der National-Versammlung im Namen der Bezirksvereine zu überweisende Petition zusammenzustellen. — Inzwischen aber hat das Ministerium den Gegenstand nicht aus den Augen verloren. Es hat sich überzeugt, daß sein Entwurf manches Unzweckmäßige enthält, und läßt deshalb jetzt einen neuen Entwurf ausarbeiten, von dem ich Ihnen heute nur so viel mittheilen kann, daß der im ersten Entwurf festgehaltenen Census für passive Wählbarkeit darin aufgegeben ist.

Frankfurt, den 2. September. Hr. v. Bruck hat als Oesterreichischer Bevollmächtigter bei dem Reichsverweser diesem sein Beglaubigungsschreiben übersendet. — Statt des verstorbenen Dr. Wirth ist Hr. Julius Fröbel zum Abgeordneten der Reußischen Lande für Frankfurt erwählt worden.

— Wie es mit dem Deutschthum in Schleswig aussieht, mag man daraus ersehen, daß der hiesige volkswirthschaftliche Ausschuß, welcher einige Fragen wegen des Handels nach Flensburg gesendet hatte, daranf von der Flensburger Kaufmannschaft die Antwort erhielt, „Flensburg gehöre nicht zu Deutschland und könne man sich deshalb der Antwort überheben.

Frankfurt a. M., den 3. Sept. Der am 2. d. M. im Dom zu Frankfurt a. M. gehaltene Trauergottesdienst, zum Gedächtniß der im Italienischen Kampfe gefallenen Oesterreichischen Krieger, war eben so feierlich als herzerhebend. Die Zahl der dabei anwesenden Oesterreichischen und Preußischen Offiziere der Reichsbesatzung von Mainz war beträchtlich, der Zudrang Theilnehmender überhaupt ungemein groß. Die von dem Tiroler Abgeordneten Flir gehaltene Gedächtnißrede machte einen guten Eindruck. Eben so befriedigend war die Würde und Pracht des Katafalks und der übrigen Ausschmückung der alten Krönungskirche.

In Ulm haben die Offiziere, Oberfeuerwerker und Feuerwerker der Oesterreichischen Artillerie zum Besten der in Italien verwundeten Truppen auf einen Theil ihres Gehalts verzichtet.

Mannheim, den 1. Sept. In heutiger öffentlicher Sitzung des hiesigen Hofgerichts, das seiner Freisinnigkeit wegen vielen Ruf genießt, wurde der Herausgeber der Mannheimer Abendzeitung, J. P. Grohe, von der Anschuldigung eines schweren Preßvergehens freigesprochen. Der incriminirte Artikel erschien bei Gelegenheit der Konstanzer Statthalterschaft, wo zu gleicher Zeit die Aufregung dahier auf dem Siedepunkte stand, genährt von den schamlosen Lügenberichten der hiesigen radikalen Blätter. Der Text lautete ungefähr so: „In Konstanz ist die Republik ausgerufen — was wird Mannheim thun?" Zum Glück für Herrn Grohe stellt es sich jetzt heraus, daß er diese Stelle im betreffenden Aufsatze gestrichen, ein verwegener, seit dem 26. April flüchtiger Setzer aber dieselbe dennoch abgedruckt hatte.

Aus Gießen vom 31. August werden der Darmstädter Zeitung über die Unruhen folgende nähere Angaben gemacht: Allgemein wird über das Benehmen des Bürgerkommandanten Großmann geklagt; von Seiten der Studenten wurde erst Gegenwehr geleistet, als mehrfache unsinnige Bajonett- und Kolbenangriffe stattgefunden; wer geschossen, war noch nicht ermittelt, die Bürger be-

haupten, ein Student; die Studenten, ein Bürger: die Vermuthung streite jedenfalls gegen die Partei, die Schießwaffen hatte, also die Bürger. (Nach einer andern Mittheilung wären die Bürgergarden durch einen vorgeschobenen Güterwagen von dem Orte ganz getrennt gewesen, wo Pfannmüller von rückwärts getroffen wurde.) Der Bajonettverwundungen sind viele, ebenso herzloser Aeußerungen der Bürgeroffiziere nach dem Fall von Pfannmüller. Bei einem Beruhigungsversuche, welchen der Chef des Generalraths Dr. Soldan mit den Studenten versuchte, drang die Abtheilung Bürgergarde, trotz aller Abmahnungen von seiner Seite, auf die Studenten ein. Es sind elf Bürger verwundet. Heute früh 10 Uhr war in der Aula Studentenversammlung, in der beschlossen wurde, dem Generalrath, der Bürgergarde und der Regierungs-Kommission zu erklären: 1) Großmann dürfe nicht länger Anführer eines bewaffneten Corps sein; 2) die Bürgergarde dürfe keine Polizeigewalt über Studenten haben. Sollte binnen 3 Tagen diesen Wünschen nicht entsprochen werden, so solle Gießen möglichst in Verruf gethan, und die Regierung um Verlegung der Universität gebeten werden. Dies wird auch durch Anschlag bekannt gemacht; ferner fordert ein Plakat des Studentenausschusses die Studenten zur Ruhe und Vermeidung allen Zusammentreffens mit Bürgergarden auf. Dr. Bardeleben, Prosector, ist in Folge der gestrigen Ereignisse aus der Bürgergarde, in welcher er Hauptmann war, ausgetreten.

Leipzig, den 4. Sept. Unser heutiges Constitutionsfest, zu dessen Feier diesmal auch Deutsche Fahnen von den Thürmen und öffentlichen Gebäuden wehen, wurde früh durch die Reveille der Communalgarde, später durch Musik von den Thürmen feierlich eingeleitet. Vormittags fand ein Festgottesdienst statt, um 12 Uhr große Parade der sehr zahlreich ausgerückten Communalgarde, in deren Mitte die jüngst ihr verliehene Fahne wehte und der das hier garnisonirende Militair sich anschloß. Auf dem Marktplatze ward wie gewöhnlich von beiden Corps ein Viereck formirt und dann vom Balcon des Rathhauses herab dem König, der Verfassung und dem Deutschen Vaterlande ein dreifaches Hoch gebracht, in das die Truppen unter den Waffen und die bei dem günstigen Wetter zahlreich versammelte Bevölkerung freudig einstimmte. Für den Abend sind von einzelnen Abtheilungen der Communalgarde mehrfache Festlichkeiten veranstaltet.

Homburg, den 1. Sept. Aus Meisenheim geht dieser Tage an den Landgrafen eine Petition um Abtretung des diesseitigen Amtes an einen größern Staat ab.

Bremen, den 1. Sept. Nachdem vor einigen Tagen Rath und Bürgerschaft beschlossen hatten, die außerordentlichen Bedürfnisse dieses Jahres durch die Erhebung von $\frac{1}{4}$ Proc. vom Vermögen zu decken, ist vorgestern die Aufhebung der Thorsperre vom 1. Januar nächsten Jahres an beschlossen. Was die Vermögenssteuer, den sogenannten „Schoß“ betrifft, so wird dabei folgendermaßen verfahren. Alle, welche ein bestimmtes Vermögen (früher 3000 Thlr., in Zukunft wahrscheinlich 1000 Thlr.) und darüber besitzen, zahlen an dazu festgesetzten Tagen die Abgabe für diese Summe an eine Deputation von Rath und Bürgerschaft; die Abgabe für das Vermögen, welches sie darüber besitzen, werfen sie verdeckt in eine große eiserne Kiste, und zwar nicht etwa versiegelt, sondern offen, so daß der Beitrag eines Jeden sofort mit den Beiträgen seiner Mitbürger vermengt wird und keiner je zu ermitteln vermag, wie viel der Einzelne beigesteuert hat. Jeder schätzt sich selbst ab, und Jeder hat es lediglich vor seinem Gewissen zu verantworten, wenn er nicht die Summe bezahlt, die er dem Staate zu zahlen schuldig ist. Auf diese Weise wird die Abgabe und zwar nach allen Berechnungen, die man darüber angestellt hat, gewissenhaft bezahlt von dem Gesammtvermögen der Bremischen Staatsgenossen, welches etwa 80 Mill. Thlr. beträgt.

Wien, den 2. September. (Schl. Ztg.) In der heutigen Reichstagssitzung ward ein sehr wichtiger Moment auf folgende Weise hervorgerufen. Es ward die Veröffentlichung der letzten Reichstagsbeschlüsse beantragt, worauf Minister Bach die Erklärung gab, daß das Ministerium dem Reichstage eine zweifache Befugniß, nämlich eine constituirende und eine gesetzgebende zuerkennen müsse, jedoch nur in der Art, daß dasselbe die hier gefaßten Beschlüsse dem Monarchen zu unterbreiten habe, wodurch die Vereinbarung, die Sanktionirung der Unterschrift erfolge. Unmittelbaren Verkehr des Reichstags mit dem Publikum oder mit Individuen könne er nicht zugestehen. (Beifall vom Centrum, Mißfallen von der Linken.) Violand, von der äußersten Linken, kündigt dagegen Protest an. Die dornige Frage von der Souveränität des Volkes und des Reichstags ist demnach bereis im Schooße der Versammlung angeregt und wird vermuthlich lebhafte Kämpfe erzeugen. An der Tagesordnung befinden sich jetzt die zahlreichen Amendements über den Kudlich'schen Antrag. — Gestern Nachmittag ward der Bier- und Branntweinzwang förmlich aufgehoben. Heute Morgen wurden mehrere Proteste dagegen eingelegt, um so mehr, als dieser Zwang mitunter auch städtischen Gemeinden zu Gute kommt und daher nicht ganz zum Unterthänigkeitverhältniß gehört. Heute wird über das Jagdrecht abgestimmt und mit der Majorität einer Einzigen Stimme beschlossen, daß bereits durch den Basser'schen Antrag auch dafür vorgesorgt sei, während die Opposition die ausdrückliche Aufhebung des Jagdrechts ohne Entschädigung durchsetzen wollte. Ueber das Recht der Fischerei wird soeben entschieden.

— Hr. Jonak hat bereits vor 2 Wochen bezüglich der Italienischen Angelegenheiten interpellirt. Das Resultat seiner langen Rede war, daß man über den wahren Stand der Dinge gleichwohl nichts Positives erfuhr. Aus vollkommen zuverläßiger Quelle hören wir jetzt, daß der Franz. Geschäftsträger gestern eine energische Note übergeben hat, worin die Oesterr. Regierung aufgefordert wird, auf das von ihr abgelehnte Französisch-Brittische Vermittlungswerk zurückzukommen und sich binnen 48 Stunden entschieden auszusprechen, widrigenfalls Frankreich, das die Verpflichtungen von 1813 und 1815 entledigte, den Umständen gemäß handeln werde. Hält man die drohende Sprache des Spectateur républicain, Cavaignac's Organ, dazu, so ergiebt sich die Consequenz von selbst. Soviel wir wissen, ist das hiesige Cabinet fest entschlossen, die wiedererrungenen Italienischen Provinzen keinesfalls aufzugeben.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 2. Sept. National-Versammlung. Sitzung vom 2. Sept. Nachdem über eine große Anzahl Bittschriften Bericht erstattet worden, besteigt der Finanzminister Goudchaux die Tribüne und verlangt 6 Mill. Fr. für dreifarbige Fahnen, die in Avignon bestellt worden seien, und 4 Mill. Fr. für Schärpen, welche die Fabriken in Lyon geliefert hätten. Dieses Verlangen wurde mit großem Mißbehagen aufgenommen. Man kam nun zur Tagesordnung: Hrn. Lichtenberger's Antrag wegen Aufhebung des Belagerungszustandes von Paris. — Hr. Ledru-Rollin setzte die Nothwendigkeit auseinander, den Belagerungszustand jedenfalls aufzuheben, ehe die Verfassungsberathung beginne. Es sei ein moralischer Zwang, der auf der Brust eines Jeden laste. Ihm folgte der General Cavaignac. Er begann mit der Erklärung, daß er und seine Collegen mit aller Hingebung ihr Amt ergriffen hätten. Die bekannten Ereignisse des Juni hätten die Nothwendigkeit hervorgerufen, Paris in Belagerungszustand zu erklären. Noch sei der Zustand der Gemüther nicht der Art, um diese Maßregel aufzuheben. Indessen überlasse er es der Versammlung, dieselbe zu verfügen. Er beabsichtige keineswegs, einen moralischen Zwang auszuüben. Er werde selbst bei Aufhebung des Belagerungszustandes sein Amt behalten. Er werde daraus keine Kabinetsfrage machen. Nach dieser Erklärung ging der Redner auf den Antrag Crespel de la Touche's rücksichtlich der Zeitungs-Unterdückung über. Er habe, sagte er, die eine unterdrückt, weil sie den Geist der Unordnung, die andere, weil sie die Monarchie von allen Dächern gepredigt hätte. Er habe diesen Mißbrauch, nicht die philosophische und sociale Polemik erdrücken wollen und habe diese Maaßregel dem öffentlichen Wohl geschuldet. Er wolle lieber sterben, als gestatten, den Grundsatz der Republik bekämpft zu sehen. Hr. Victor Hugo erhebt sich mit Energie gegen die Preßmaaßregeln und ruft durch den Tumult: „Die Vollziehungsgewalt begeht einen Irrthum, wenn sie glaubt, daß ihr der Belagerungszustand ein Recht gebe, die Gesetze selbst zu suspendiren.“ Nimmermehr würde er dafür gestimmt haben, wenn er geahnt hätte, daß sein Votum der Regierung das Recht auf Censur und Confiskation gebe! (Schluß! Schluß!) Die Versammlung schreitet zur Abstimmung über den Lichtenbergerschen Antrag um 6 Uhr. Die Mehrzahl der Stimmen erklärt, daß wir noch im Belagerungszustande bleiben. Die Sitzung wurde um 7 Uhr geschlossen.

In allen Blättern wird nur Italien besprochen. Sie erzählen von Truppenbewegungen zu Land und zur See. Alle diese Angaben erklärt der National, dem der der kleine Spectateur keine Concurrenz mehr machen soll, aber doch macht, für baare Erfindung. Während er gestern selbst noch in die Kriegstrompete blies, wechselt er plötzlich seine Sprache: „Bis heute (2. Septbr.) sei rücksichtlich der Intervention Frankreichs noch nichts entschieden. Die Antwort Oesterreichs, obgleich wenig befriedigend, enthält im Grunde keine absolute Weigerung der Annahme der Mediation Englands und Frankreichs.“

Schließlich zeigt der National an, daß England eine Note nach Wien geschickt habe, worin es gegen jeden Angriff auf Venedig protestirt; er räth daher Hrn. Doblhof, nicht allzu feste Schlösser auf den „Frankfurter Centralschatten“ zu bauen und die Vermittelung anzunehmen.

— Die legitimistische Partei giebt sich keine Mühe mehr, ihre Hoffnungen zu verhehlen, sagt der „Niederrheinische Courier“; die Sprache gewisser Journale dieser Partei wird mehr und mehr bezeichnend. Hier nur einige Zeilen, die wir in einem Blatte von Laval, „der Independence de l'Ouest“, finden: „Wir können heute als offizielle Nachricht geben, daß die Prinzen der Familie Orleans anerkannt haben, daß der Herzog von Bordeaux der rechtmäßige Erbe der Französischen Krone ist, und daß sie auf jedes Unternehmen und auf jeden Plan förmlich verzichtet haben, welche die Wiederherstellung der rechtmäßigen Monarchie hindern könnten, im Falle die Republik als unmöglich in Frankreich erkannt würde.“ Bedarf diese Nachricht eines Commentars? Das nämliche Journal giebt denselben, indem es sagt: „Die Februarrevolution wird bald abgelaufen sein.“

Der Kampf der Legitimisten und Communisten in Montpellier war blutig. Nach dem Indépendent aus Montpellier vom 30. August ist der Hergang folgender. Der Sieg der Legitimisten oder Royalisten in den Municipal- und General-Conseilswahlen, so wie die jüngster Tage von der Nationalversammlung, obgleich mit sehr geringer Mehrheit annullirte Wahl Laissac's, hatte dem Volk, besonders den Arbeitern, die Augen geöffnet. Es sah ein, was es von den Royalisten zu erwarten habe, und rottete sich zusammen. Unter dem Absingen revolutionairer Lieder und unter dem Geschrei: Es lebe Barbès! es lebe Blanqui! es lebe Laissac! nieder mit den falschen Republikanern! durchzog es die Straßen. Entsetzt über diese drohende Demonstration der rothen Republik, eilte die Bür-

gerschaft, durch und durch legitimistisch, zu den Waffen, und trieb das unbewaffnete jacobinistische Volk auseinander. Riquier, ein Senard'scher Republikaner und Präfekt, der sich versöhnend den Streitenden näherte, wurde im Finstern verwundet. Am 31. August war die Ruhe wieder hergestellt.

Spanien.

Madrid, den 24. August. Aus Portugal ist eine republikanische Bande in Blousen und rothen Mützen nach dem neuesten Pariser Schnitt (sagt der ministerielle „Heraldo" vom 24.) in die Spanische Provinz Galizien eingedrungen. Kaum über die Grenze, wurde sie mit Flintenschüssen empfangen und hatte nichts eiligeres zu thun, als sich auf das Portugiesische Gebiet zurückzuflüchten. Seitdem hat man nichts mehr von einer Spanischen Republik gehört.

Schweiz.

Basel, den 2. Septbr. Die Gräfin Landsfeld, welche sich jetzt in der Schweiz aufhält, reiste am 27. August durch Thurn nach Luzern, um dort mit dem König Ludwig von Bayern eine Unterredung zu haben. — Am 14. ist der Deutsche Flüchtling K. Blind, bekannt durch seine socialistisch-demokratische Thätigkeit, durch einen Befehl des Französischen Ministers des Innern, Senard, aus Straßburg und Frankreich verwiesen worden. Am 24., als er eben im Begriff war, abzureisen, wurde er verhaftet und nach Basel gebracht.

Italien.

Mailand, den 27. August. Der Aufstand in Livorno bestätigt sich. Es war dort die Nachricht eingetroffen, daß der Pater Gavazzi, welcher noch vor seiner Abreise nach Florenz eine feurige, revolutionäre Rede an die Volksmenge gehalten hatte, in letzter Stadt verhaftet worden sei. Sogleich wurden die Sturmglocken geläutet, die Kasernen, wo die Gewehre der Bürgergarde aufbewahrt sind, erbrochen, alle Flinten weggenommen und unter die Menge vertheilt. Der Gouverneur wurde gefangen genommen und in das Fort gesetzt und der elektrische Telegraph zerstört, damit die Nachricht nicht nach Florenz gelangen konnte. Viele wollten sogar bewaffnet auf Florenz marschiren, um die Minister zu stürzen. In Bologna hatte man, weil man einen neuen Angriff der Oesterreicher vermuthete, Waffen ausgetheilt, und mit diesen treibt nun das Gesindel Unfug, zieht auf Raub und Plünderung aus, treibt Contribution ein und begeht Diebstähle und Mordthaten. Die Nacht zum 22. August soll z. B. eine wahre Schreckensnacht für Bologna gewesen sein. — Das zweite Fremden-Regiment in päpstlichen Diensten soll sich auf dem Exerzierplatz empört haben, als ein Offizier einen widerspenstigen Soldaten augenblicklich niederstach. Ein großer Theil des Regiments zog sogleich mit Wehr und Waffen vor die Wohnung des Obersten, holte die Kasse und Fahne und ging davon. Der Schweizer Hauptmann Stockalper, welcher sie zurückrufen wollte, wurde erschossen. Nachgesendete Truppen nahmen etwa 70 gefangen, von denen sich jedoch der Führer, ein Corporal, selbst erschoß. — Die Römischen Kammern debattiren jetzt über die Emancipation der Juden. (Der Herzog von Parma ist nicht in Neapel angekommen: er wohnt noch immer in der Nähe von Dresden.)

In der „Düsseldorfer Zeitung" veröffentlicht F. Freiligrath zur Charakteristik des „Schwarzweißthums in der Provinz Westphalen" zwei Drohbriefe an ihn, deren letzten wir uns nicht versagen können, zur Erheiterung unserer Leser hier mitzutheilen: (Ohne Datum, aber mit dem Poststempel: Iserlohn, 24. August.) An den undankbaren Schweinhund Freiligrath in Düsseldorf. Du elender Lappes von Grünschnabel, verfluchter Bandit und Räuberhauptmann, wenn du Esel deine republikanischen Reden nicht aufgiebst, dann komme ich mit ganz Iserlohn, um dich ganz derbe durchzubläuen. Du bist allein Schuld an dem schlechten Empfange unseres geliebten Königs in Düsseldorf, das wird dir ganz Preußen nicht vergessen. Es ist auch schon darauf angetragen, daß du — —*) innerhalb 6 Wochen Düsseldorf räumen mußt. Und erfolgt dieses nicht, so komme ich mit der ganzen Bürgerwehr, deren Hauptmann ich bin, um dich mit geladener Flinte aus Düsseldorf zu vertreiben. Es wäre besser, wenn du das Geld, was du unter die Leute in Düsseldorf vertheilt hast, damit sie recht viel Spektakel machen sollen, deiner armen Mutter und Schwestern in Soest zuschicktest, aber daran denkt ein solcher Lump nicht. Wenn du nun binnen 8 Tagen nicht in der Zeitung Abbitte thust, dann lege ich für mich und meine 6 Compagnieen Bürgerwehrmänner die Reisekosten daran und stecke dir deine Hütte in Brand, und dich selber wollen wir am Spieß braten, oder in einen Puddelofen wollen wir dich werfen, daß du Esel so nach und nach verbrennst. Comprenez-vous? Einen lumpigen Gruß. J. Dunker, Compagnieführer und Chef. Cito.

*) Hier steht im Original eine Pöbelhaftigkeit.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Fünfzigste Sitzung, vom 4. September.

Eröffnung: $9\frac{1}{2}$ Uhr. Präsident: Grabow. Schriftführer Abg. v. Borries verliest das sofort genehmigte Protokoll der Sonnabends-Sitzung.

Schriftführer Abg. Parrisius verliest ein Schreiben des Staatsministeriums an den Präsidenten Grabow, betreffend die in Lübeck am vorgestrigen Tage erfolgte Ratificirung des zwischen dem deutschen Bunde (Preußen) und Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes, d. d. Malmoe, den 26. August a. c., sowie den eigentlichen Wortlaut desselben, die näheren Bedingungen enthaltend.

In Bezug auf die Schweidnitzer Angelegenheit verliest Schriftführer Abg. Bauer ein anderes Schreiben des Staatsministeriums, welches anzeigt, daß die bei den dortigen Ereignissen thätig gewesenen Truppen bereits von dort entfernt worden seien. Ein allgemeiner Erlaß des Kriegsministers an die Armee, damit diejenigen Offiziere, welche sich mit der neuen constitutionellen Form der Regierung nicht zufrieden stellen können, es als Ehrensache betrachten, aus dem Dienste zu scheiden, könne jedoch nicht emaniren, da derselbe in keiner Beziehung zweckentsprechend sein würde.

Hr. Stein beantragt: „Die Nationalversammlung wolle beschließen, daß es dem Staatsministerium zur dringenden Pflicht gemacht werde, zur Beruhigung des Landes, Erhaltung des Vertrauens und zur Vermeidung eines Bruches mit der Versammlung jenen in der Sitzung vom 9. August durch die National-Versammlung bereits genehmigten Erlaß sofort zu publiziren."

Ministerpräsident v. Auerswald giebt, ehe man mit dem Beschlusse über den Stein'schen Antrag vorschreitet, noch einen ausgedehnten Vortrag über die Nebenverhältnisse, welche dem Abschlusse des Waffenstillstandes vorausgingen, oder ihn begleiteten. Die hervorragendsten Stellen in demselben sind: Nachdem nunmehr die Ratifikation des Waffenstillstandes erfolgt ist, muß ich Ihre Augen auf die Vorgänge lenken, welche die Feindseligkeiten veranlaßten. Die Verbindung, welche zwischen den Herzogthümern Holstein und Schleswig besteht, sollte, wie die Antwort des Königs von Dänemark, als Herzog von Schleswig, Holstein und Lauenburg, an Abgeordnete dieser Länder, so wie der Einmarsch Dänischer Truppen in dieselben anzeigte, getrennt werden. Der Deutsche Bund eilte daher seinen Bundesgenossen zu Hülfe, und Preußen hauptsächlich übernahm das Vermittelungsgeschäft. Denn obgleich unsere Fahnen zu Lande den Sieg an sich fesselten, so wurden wir doch von dem Feinde auf einem Elemente angegriffen, auf welchem wir uns nicht vertheidigen konnten. England übernahm daher die Vermittelung im Anfang. Als jedoch der König von Schweden Truppen nach Fünen übersetzte, um zu verhindern, daß wirklich Dänische Länder besetzt würden, welche Eroberungsgelüste jedoch bei uns nicht vorwalteten, benutzte man dessen Anwesenheit in Malmoe und so sind denn durch die nicht genug anerkennenswerthe Vermittelung Schwedens nicht allein Friedenspräliminarien gepflogen, sondern eben jener definitive Waffenstillstand abgeschlossen worden. Glücklich ist in demselben die eigentliche Frage des Krieges umgangen, die bestehenden Gesetze der bisherigen provisorischen Regierung aufgehoben, der neu zu bildenden jedoch freigestellt worden, diese wieder in Kraft zu setzen. In den Grundzügen dieses Waffenstillstandes ist eigentlich schon Alles enthalten, was wir bezweckten, obgleich nicht alle Mächte Europas unsere Meinung theilen. — Das Land, welches große Kriegsnoth stillschweigend ertragen, sieht sich jetzt durch die Wiedereröffnung der Schifffahrt von derselben befreit, würde diese aber gern noch länger ertragen haben, wenn es die Ehre Deutschlands erfordert hätte. — Ich kann übrigens nicht schließen, ohne der heldenmüthigen Truppen, der tapferen Feldherren und Führer hier rühmlichst zu gedenken. Sie haben ihre Pflicht mit der äußersten Hingebung stets erfüllt. —

Man kommt nunmehr zur Berathung über den Stein'schen Antrag und stellt ihn zuerst zur Unterstützung, die er zahlreich findet.

Hr. Stein motivirt die Dringlichkeit des Antrages weiter nicht, sondern überläßt dieselbe der Meinung der Versammlung. Die (auch hier beliebte) namentliche Abstimmung ergab folgendes Resultat auf die Frage: Beschließt die Versammlung, in Rücksicht auf die Dringlichkeit des Gegenstandes, auf die sofortige Diskussion des Gegenstandes einzugehen? — Ja: 198, Nein: 147, Fehlende: 54, sich der Abstimmung Enthaltende: 1. —

Der Schriftführer Hr. Bauer (Krotoschin) verliest nun von der Rednerbühne nochmals, 1) das unterm 2. d. M. ergangene Schreiben des Staatsministeriums, worin es seinen Beschluß, den von der Versammlung am 11. v. M. gemachten Antrag auf Erlaß eines Rundschreibens gegen die reaktionären Bestrebungen im Heere nicht auszuführen, kundgiebt; 2) den Antrag des Herrn Stein. Der Präsident ertheilt nun von den 27 eingeschriebenen Rednern zuerst Hrn. Stein das Wort. Dieser beginnt damit, daß er gewünscht hätte, den Gegenstand gar nicht mehr berühren zu dürfen, das Unterlassen des Ministeriums in dieser Angelegenheit aber um so mehr bedaure, als das beantragte Rundschreiben nothwendiger als je sei. Die Reibungen zwischen Civil und Militär mehren sich in erschreckender Weise, es komme hier nicht auf die Untersuchung, wer sie errege, sondern nur auf die Thatsache an, daß jene Reibungen bei uns so stark, wie in keinem andern europäischen Staate seien. Die inneren Gründe für den am 9. v. M. gefaßten Beschluß haben an ihrer inneren Bedeutung noch nichts verloren, und jetzt, nach gefaßten Beschlüssen verlangt die Ehre und Würde der Versammlung, dessen Aufrechthaltung, zumal da derselbe im ganzen Lande Jubel hervorgerufen habe (Bravo zur Linken, heftiger Widerspruch zur Rechten). Ja im ganzen Lande, wie dies die hieher gelangten, bezüglichen Bittschriften von Soldaten und Offizieren bewiesen (Bravo zur Linken). Was werde man sagen, wenn der Erlaß ausbleibe? Während alle Ministerien sich den Beschlüssen der Versammlung conform halten, verweigert es der Kriegsminister (Bravo), und das Heer werde dadurch sich nur auf das Neue für bevorzugt halten, da doch den Civilbeamten ein ähnlicher Erlaß geworden ist (Beifall).

Der Minister des Innern entgegnet, daß mit dem zuletzt gedachten Erlaß nur der gemeint sein könne, welchen die Disciplinar-Ministerien des Innern und der Finanzen, unterm 15. Juli an sämmtliche Regierungspräsidien erlassen haben. Es bestehe aber bei solchen Erlassen ein großer Unterschied zwischen den an Civilbeamten und den an das Heer ergehenden (Unterbrechung zur Linken). Letzteres sei ein wesentlich gehorchendes Corps, während die Civilbeamten oft berathen und beschließen, also auf einem ganz andern Standpunkte sich befinden.

Hr. v. Unruh beantragt die Vertagung der Debatte bis zum Donnerstag den 7. d. M., an welchem Tage sie dann den Vorrang vor der Tagesordnung erhalten solle. Er erkenne die volle Wichtigkeit und Dringlichkeit der Frage an, aber je dringender und wichtiger die Sache sei, desto nothwendiger sei es, sie nicht sofort zu erledigen. Es handele sich hier nicht nur um einen Ministerwechsel — der komme in constitutionellen Ländern öfters vor — sondern um eine Spaltung in der Versammlung. Könnte die letztere sich auf einige Stunden in ihre Büreaus zur Privatbesprechung zurückziehen, so würde er gegen die Vertagung sein, so aber sei man durch die Lokalität daran verhindert. Der Antrag wird unterstützt. Hr. Reichensperger spricht für die Vertagung.

Hr. Waldeck ist gegen die Vertagung. An und für sich sei die Frage sehr einfach. Es handele sich nur um Aufrechthaltung eines Beschlusses, der im Angesicht von 22 Leichen diktirt worden. Die Versammlung wolle nur, daß der teuflische Geist entmuthigt werde, welchen auch alle edleren Offiziere verabscheuen; sie wolle nur den Geist der neuen Zeit erkräftigen. Uebrigens seien Anträge, wie der vorliegende, nicht ohne Beispiel in der parlamentarischen Geschichte. Ihm falle jetzt das eine bei, daß, als zu einer Zeit im Englischen Heere eine orangistische Verschwörung zu Gunsten des Herz. v. Cumberland loszubrechen drohte, das Brittische Reichsparlament einen Erlaß an das Heer diktirte und das Ministerium ihn wörtlich also wiedergab, damit jeder schädliche Geist entmuthigt werde. Wir, schloß der Redner, kön-

nen mit Ehren hier nicht sitzen bleiben, wenn unserem Antrage nicht stattgegeben wird. Es handelt sich hier nicht um Parteifragen, sondern um einen Beschluß, wie ihn die Nation verlangt (Rauschender Beifall zur Linken).

Ueber den Unruh'schen Antrag auf Vertagung wird nun, während der zweite Vicepräsident Phillips den Vorsitz übernimmt, durch Namens-Aufruf abgestimmt, und es haben dabei 50 gefehlt, 183 den Vertagungs-Antrag angenommen, 169 verworfen, derselbe ist also mit einer Mehrheit von 14 Stimmen gutgeheißen. Der Stein'sche Antrag wird also am 7. d. M. zuerst verhandelt.

Hr. Schultz (Wanzleben) bemerkt, daß sein Zusatz-Antrag (den Offizieren, welche sich mit dem Geist der neuen Ordnung nicht vertragen, das Ausscheiden zur Ehrenpflicht zu machen) keine Inquisition bezwecke.

Der Präsident schließt die Sitzung um $1\frac{3}{4}$ Uhr und beraumt die nächste auf Dienstag, den 5. präcise 9 Uhr. Vorm. an. Tagesordnung: 1) Der Bericht über die Angelegenheiten des Großherzogthums Posen; 2) Fortsetzung der Berathung über das Bürgerwehrgesetz.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Der Verein für König und Vaterland versammelt sich Sonnabend den 9ten September Nachmittags 5 Uhr im Saal des Casino-Lokals. Diejenigen, welche ihren Beitritt erklärt haben, werden dazu eingeladen. Aufforderungen zu dieser Erklärung liegen bei den Herren Mittler, Heine und Scherk, sowie bei Herrn Beely aus. Ebendaselbst können auch die Legitimationskarten für diejenigen, welche unterzeichnet haben, in Empfang genommen werden.

An die Posener Freischaar.

Es ist mir gesagt worden, daß ein, Gott weiß weshalb aus seiner Heimath gewichener, vor etwas länger als einem Jahre hier angelaufener, nach seinem äußeren Erscheinen sehr gesinnungs- und zwecklos lebender Mensch, Einzelne von Ihnen, meine Herren, zu verführen versucht habe, daß Sie dafür, weil ich in meinem Anrufe „An die Posener Deutschen" vom 3. d. M. Ihrer gedacht, lediglich, um eine offenbar zu einer Spielerei mißbrauchte Privat-Benutzung von Staatsgut, — der Ihnen geborgten Montirungsstücke nemlich, — zu tadeln, handgreiflich sich an mir rächen mögten. Ich will diesem bösen Gerüchte keinen Glauben schenken! — denn ich darf vertrauen, daß ich Ihnen Allen hinlänglich als Ihr Freund und nicht als Ihr Feind bekannt bin, und daß Sie noch hoffentlich Alle sich wohl erinnern werden, wie Sie vornemlich meiner öffentlichen, ernsten Verhandlung mit dem, auf das Hartnäckigste sich sträubenden General von Steinäcker am 3. Mai d. J. das Ehrenrecht, Waffen und Waffenrock tragen zu dürfen, verdanken; und es wird, will's Gott, Niemand unter Ihnen sein, der für diese Wohlthat mit Schurkenstreichen mir lohnen mögte! — Im Uebrigen seien Sie versichert, daß wenn Sie nur selbst der von Ihnen freiwillig übernommenen hohen Bürgerpflicht einer Schutzwache für Ordnung und Gesetz stets mit Ernst gedenken, und mit Würde ihr nachleben, auch vor ähnlichen Lächerlichkeiten, wie die von mir gerügte, sorgfältig sich hüten wollen, gewiß Niemand es wagen wird, — und ich am allerwenigsten, der ich an der Bildung der Freischaar so lebhaften Antheil nahm, — Ihrer Würde zu nahe zu treten, oder Sie lächerlich zu machen.

Schließlich erkläre ich aber hiermit, daß ich stets mit einer guten Waffe versehen bin, um einem ruchlosen Angriffe in gerechter Nothwehr kräftig begegnen zu können.

Posen, am 7. September 1848.

Schreeb.

Marktbericht. Posen, den 6. Sept.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 2 Rthlr. 2 Sgr. 3 Pf., auch 2 Rthlr. 11 Sgr. 1 Pf.; Roggen 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rthlr. 4 Sgr. 5 Pf.; Gerste 26 Sgr. 8 Pf. auch 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf.; Hafer 15 Sgr. 7 Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen 26 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rtl. 1 Sgr. 1 Pf.; Erbsen — Rtl. — Sgr. — Pf., auch — Rtlr. — Sgr. — Pf; Kartoffeln 8 Sgr. — Pf., auch 8 Sgr. 11 Pf.; der Ctn. Heu zu 110 Pfd. 20 auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr., auch 4 Rthlr. 15 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 15 Sgr., auch 1 Rthlr. 20 Sgr.

Berlin, den 5. September.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 60—65 Rthlr.; Roggen loco 32—34 Rthlr.; 82pfd. p. Sept./Okt. 31—30 Rthlr. Okt./Nov. 32 Rthlr.; p. Frühjahr 35 Rthlr. Br., 34 G.; Gerste, große, 28 Rthlr., kl. 24 Rthlr.; Hafer loco nach Qualität 16—17 Rthlr.; Erbsen, Kochwaare 40 Rthlr., Futterwaare 37—34 Rthlr. Rapps und Rübsen 70 Rthlr.; Rüböl loco $11\frac{1}{8}$ Rthlr. Sept./Okt. $11\frac{1}{8}$ Rthlr., Okt./Nov. $11\frac{1}{4}$ — $11\frac{1}{8}$ à $11\frac{1}{6}$ Rthlr., Nov./Dez. $11\frac{1}{3}$—$11\frac{1}{6}$ Rthlr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Bekanntmachung.

Die dem Fiscus bei der Separation von Staniewo zugefallenen Grundstücke von überhaupt 50 Morgen 119 □Ruthen sollen in drei Parzellen und zwar:

die Parzelle	No. I. von	2	Morg.	130	□Ruth.,
= =	No. II. =	1	=	160	=
= =	No. III. =	46	=	9	=
	=	50	Morg.	119	□Ruth.,

zum freien Eigenthum im Wege der öffentlichen Licitation veräußert werden.

Das Minimum des Kaufgeldes, von welchem Betrage ab Gebote nur angenommen werden, beträgt:
von der Parzelle ad I. 75 Thaler,
= = = ad II. 50 =
= = = ad III. 710 =

Auch muß Jeder, der zur Licitation zugelassen werden soll, ein Sechstel dieses Kaufgeldes im Licitations-Termine als Kaution deponiren. Das Ausgebot erfolgt für jede Parzelle einzeln und hat darnach auch nur jeder Licitant diejenige Kaution zu leisten, welche für die Parzelle berechnet ist, auf welche derselbe zu bieten beabsichtigt.

Die näheren Veräußerungs- resp. Licitationsbedingungen, die Karte, Register, so wie Ertragsanschläge können bei dem Königlichen Domainen-Rent-Amte Kozmin täglich eingesehen werden.

Wir haben den Licitations-Termin auf den 2ten Oktober Vormittags 10 Uhr in loco Staniewo vor dem interimistischen Domainen-Rentmeister Tauer anberaumt, wozu Kauf- und Erwerbungslustige hiermit eingeladen werden.

Posen, den 26. August 1848.

Königliche Regierung, Abtheilung III.

Bekanntmachung.

Behufs Bereitung von Dauermehl sollen für das Königliche Magazin zu Bromberg
1000 Winspel Roggen aus der Erndte von 1847, entweder im Ganzen, oder in Quantitäten von mindestens 100 Winspel, angekauft werden.

Wir haben zur Verdingung dieser Lieferung an den Mindestfordernden einen Submissions-, event. Licitations-Termin auf
den 18ten d. M. Vormittags 10 Uhr
in dem Geschäfts-Lokal des Königl. Proviant-Amtes zu Bromberg anberaumt, und fordern hierdurch alle kautionsfähigen Unternehmer auf, bis zu dem gedachten Termin ihre schriftlichen, wohl versiegelten Offerten mit der Bezeichnung auf dem Couvert:
„Submission zur Roggen-Lieferung",
nebst einer ebenfalls versiegelten Roggen-Probe, an das genannte Königl. Proviant-Amt einzureichen und sich im Termine über ihre Qualifikation und Kautionsfähigkeit auszuweisen.

Die nähern Lieferungs-Bedingungen sind bei den Königl. Proviantämtern hier und zu Bromberg einzusehen.

Posen, den 3. September 1848.

Königl. Intendantur 5ten Armee-Corps.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Brennholz-Bedarfs für die Geschäftslokale des Königl. Provinzial-Steuer-Direktorats hierselbst, von ungefähr 45 bis 50 Klaftern Eichen-Scheitholz im bevorstehenden Winter, soll dem Mindestfordernden überlassen werden. Zur Annahme der Gebote ist auf den 12. September c. Vormittags 11 Uhr im Dienstgebäude des Provinzial-Steuer-Direktorats, Breslauerstraße No. 39., vor dem Büreau-Vorsteher, Kanzlei-Rath Biernacki, Termin anberaumt, zu welchem Unternehmer hiermit eingeladen werden.

Die Bedingungen sind in der Direktorats-Registratur ausgelegt.

Posen, den 1. September 1848.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Pferde-Verkauf.

Mittwoch den 20. September d. J. Vormittags 9 Uhr sollen auf dem Wilhelmsplatze hierselbst circa 50 Stück zur Ausrangirung kommende Dienstpferde des Königlichen 7ten Husaren-Regiment gegen gleich baare Bezahlung in Preuß. Courant öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden, was hiermit zur Kenntniß des Publikums gebracht wird.

Posen, den 31. August 1848.

Das Kommando des Königlichen 7. Husaren-Regiments.

Erklärung.

Daß Herr J. Tichauer in Posen alleiniger Inhaber einer Bier-Niederlage der Societäts-Brauerei zum Waldschlößchen bei Dresden ist, erklärt hiermit. Sämmtliche Aufträge aus Posen, die an uns ergehen, sind daher an den Inhaber der Niederlage zu übertragen.

Dresden, den 1. September 1848.

(L. S.) Die Direction der Societäts-Brauerei zum Waldschlößchen bei Dresden.

Wallischei No. 63. sind mehrere größere und kleinere Wohnungen nebst Garten und Stallungen zu vermiethen. Auskunft ertheilt

A. Rüster, Wasserstraße No. 10.

Gerber- und Büttel-Straßen-Ecke No. 12. ist eine Stube im ersten Stock nach vorne heraus zu vermiethen.

St. Martinstraße No. 78, der Kirche gegenüber, sind zu Michaeli d. J. eine größere und eine kleinere Wohnung, mit auch ohne Stallung und Remise, zu vermiethen. W. Schulz.

Geschäfts-Verlegung.

Die Verlegung meiner Putz- und Mode-Waaren-Handlung vom alten Markt No. 82. nach alten Markt- und Neuestraßen-Ecke No. 70., bringe ich hiermit zur gefälligen Kenntniß, und empfehle mein reichhaltig assortirtes Lager wie bisher, unter Versicherung der billigsten Preise und reellster Bedienung.

P. Stern, geb. Weyl.

NB. Eingang von der Neuenstraße.

Grünberger Weintrauben.

Hiermit erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich von heute ab wiederum Bestellungen auf Weintrauben annehme. Da ich mir bereits durch mehrjährige Versendungen die Zufriedenheit meiner Abnehmer erworben, so versichere ich, daß ich auch dieses Jahr alles thun werde, um meine geehrten Kunden vollkommen zufrieden zu stellen. Der Preis pro Pfund Nettogewicht ist 2 Sgr. 3 Pf., Gefäß und Verpackung gratis, und verspreche dabei die ausgezeichnetsten Trauben zu senden. Die Gelder bitte ich portofrei mir einzusenden.

Grünberg in Schlesien, den 6. September 1848.

Gustav Piltz, Böttchermeister.

Berliner und Harlemer **Blumen-Zwiebeln**, Tulipanen, Tacetten, Narcissen, Crocus, so wie viele verschiedene Arten Knollen-Gewächse, empfiehlt in großer blühbarer Frucht und billigen, aber festen Preisen die Saamenhandlung

Gebrüder Auerbach in Posen.

Am Sonntage Abend den 13ten August d. J. ist dem Herrn Pastor Röder in Neustadt b/P. eine graziöse Katzenmusik — wahrscheinlich wegen seiner Beliebtheit — gebracht worden. X.

Bescheidene Anfrage.

Herr Freiherr Colbe von Schreeb? —
Wozu ist das Papier brauchbar, welches Sie haben bedrucken lassen? Von A. bis Z.

Berichtigung. In der gestrigen Beilage 3. Spalte von oben, ist in der Vermiethungs-Anzeige statt Fechner zu lesen: Fichtner.